



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten **Florian Streibl, Felix Locke, Dr. Martin Brunnhuber, Tobias Beck, Martin Behringer, Susann Enders, Stefan Frühbeißer, Johann Groß, Wolfgang Hauber, Bernhard Heinisch, Alexander Hold, Marina Jakob, Michael Koller, Nikolaus Kraus, Josef Lausch, Christian Lindinger, Rainer Ludwig, Ulrike Müller, Prof. Dr. Michael Piazzolo, Bernhard Pohl, Julian Preidl, Anton Rittel, Markus Saller, Martin Scharf, Werner Schießl, Gabi Schmidt, Roswitha Toso, Roland Weigert, Jutta Widmann, Benno Zierer, Felix Freiherr von Zobel, Thomas Zöller** und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**,

Dr. Ute Eiling-Hütig, Wolfgang Fackler, Tanja Schorer-Dremel, Konrad Baur, Norbert Dünkel, Martina Gießübel, Dr. Gerhard Hopp, Björn Jungbauer, Dr. Stephan Oetzinger, Tobias Reiß, Kerstin Schreyer, Bernhard Seidenath, Peter Tomaschko, Kristan Freiherr von Waldenfels **CSU**

Drs. 19/11160, 19/11796

Ausweitung der „Alltagskompetenzen – Schule fürs Leben“ um ein siebtes Handlungsfeld zu den Themen Krisenresilienz, Gefahrenabwehr und Selbstschutz

Die Staatsregierung wird aufgefordert, die erfolgreiche Initiative „Alltagskompetenzen – Schule fürs Leben“ um ein siebtes Handlungsfeld zu den Themen Krisenresilienz, Gefahrenabwehr und Selbstschutz zu erweitern.

Ziel eines neuen Handlungsfeldes soll sein, Schülerinnen und Schüler altersgerecht und praxisnah auf außergewöhnliche Belastungs- und Krisensituationen vorzubereiten. Schülerinnen und Schüler sollen grundlegende Kompetenzen erwerben, um in Notlagen besonnen, verantwortungsvoll und solidarisch handeln zu können. Hierzu zählen insbesondere Kenntnisse über persönliche Vorsorge, richtiges Verhalten in Gefahrenlagen, grundlegende Maßnahmen des Selbstschutzes sowie die Stärkung individueller und sozialer Resilienz.

Die Umsetzung des zusätzlichen Handlungsfeldes soll dabei ausdrücklich im Rahmen der bestehenden Struktur der „Alltagskompetenzen – Schule fürs Leben“ erfolgen. Es ist sicherzustellen, dass für die Schulen keine zusätzliche organisatorische oder personelle Mehrbelastung entsteht. Vielmehr sollen bestehende Projekte, bewährte Unterrichtsformate sowie bereits etablierte Kooperationen mit externen Partnern – insbesondere aus den Bereichen Rettungswesen, Katastrophenschutz, Sicherheitsbehörden und Prävention – genutzt und gegebenenfalls erweitert werden.

Die Staatsregierung wird außerdem aufgefordert, die Schulen bei der Umsetzung gezielt zu unterstützen. Dazu sollen insbesondere praxisnahe Unterrichtsmaterialien bereitgestellt, Fortbildungen für Lehrkräfte angeboten und die Zusammenarbeit mit regionalen Partnern weiter gestärkt werden.

Die Präsidentin

I.V.

Tobias Reiß

I. Vizepräsident